



Business Improvement Districts

Ein BID-Gesetz für Berlin?

BID kompakt

Existiert ein entsprechendes Landesgesetz, haben Grundeigentümer die Möglichkeit, in einem abgegrenzten Gebiet ein BID zu beantragen. Mithilfe des BIDs können (on top) Projekte zur Aufwertung des Quartiers umgesetzt werden. Die Kosten werden auf die Eigentümer umgelegt.

BIDs deutschlandweit

- BID-Gesetze in sieben Bundesländern
- „echte“ BIDs in weniger als zehn deutschen Städten (Schwerpunkt Hamburg)

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Aktuelle Diskussion in Berlin:

- Koalitionsvertrag sieht Prüfung der Einführung vor
- Gesetzesinitiative der CDU 2005 gescheitert
- Aktuell: Gesetzesinitiative von Bündnis 90/Die Grünen
- AG City und Wirtschaftshof Spandau engagieren sich für BIDs
- Informationsbedarf auf Seiten der Politik und der Wirtschaft

Ein BID-Gesetz für Berlin?

- Kernfrage: Was macht der Staat, was machen Private?
- Bisherige IHK-Haltung: PPP-Ansätze stärken, um Private einzubinden (z.B. durch Wettbewerb MittendrIn Berlin!)
- Zusätzliche Gesetze und Bürokratie möglichst vermeiden
- Ansätze aus anderen Bundesländern lassen sich nicht 1:1 übertragen
- Sollte Berliner Modell starten, müssen die Rahmenbedingungen stimmen (Kofinanzierung, Folgenabschätzung für Verwaltung und sonst. Akteure etc.)

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Entwurf Bündnis 90/Die Grünen

Inhalte/Ziele

Verbesserung der Situation von
Handels- und
Dienstleistungsunternehmen

Klimaschutzverbesserung

Kulturförderung

Erhalt einer ausgewogenen
Gewerbemischung

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Entwurf Bündnis 90/Die Grünen

Wie sollen die Ziele erreicht werden?

Umsetzung eines gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen- und Finanzierungskonzepts

Mittels Aufgabenträger

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Entwurf Bündnis 90/Die Grünen

Wer zahlt?

Grundeigentümer
(ausgenommen sind
Eigentumswohnungen und Gebäude
mit reiner Wohnnutzung)

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Entwurf Bündnis 90/Die Grünen

Quorum

Antrag:

>10 % der Eigentümer (und > 10 %
der Grundstücksfläche)

Einrichtung:

Widerspruch von <33 % der
Eigentümer oder
von <33 % der Gewerbetreibenden
oder
< 25 % der Anwohner

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Entwurf Bündnis 90/Die Grünen

Kontrollinstanz

IHK (oder andere vom BA benannte Organisation)

Auf Antrag der IHK kann Aufgabenträger (auf dessen Kosten) überprüft werden

IHK kann bei Unregelmäßigkeiten Absetzen des Aufgabenträgers fordern und muss kommissarisch die Geschäfte weiterführen

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Was ist uns wichtig?

Verwaltungsaufwand definiert?

Entwurf Bündnis 90/Die Grünen

Nein.
(k.A. zur Höhe der
Verwaltungspauschale)

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Was ist uns wichtig?

Aufwand für Standortkooperationen definiert?

Entwurf Bündnis 90/Die Grünen

Indirekt.
(Maßnahmen- und Finanzierungsplan ist zu erstellen, Aufgabenträger einzustellen, Mitarbeit im Standortausschuss, BA bürgt nicht für evtl. nicht entrichtete Abgaben)

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Was ist uns wichtig?

Berlin Check

Entwurf Bündnis 90/Die Grünen

Aufwändiges Antragsverfahren, welches nach unserer Einschätzung nur von großen, gut organisierten Standortkooperationen, bzw. mit Unterstützung Dritter durchgeführt werden kann

Ein BID-Gesetz für Berlin?

Was ist uns wichtig?

Was fehlt?

Entwurf Bündnis 90/Die Grünen

Folgenabschätzung für die
Verwaltung

Aussagen über evtl. Unterstützung
während einer Pilotphase

Folgenabschätzung für die IHK

Stichworte für die Diskussion

- **Verwaltungsaufwand**
- **Unterstützung in der Pilotphase**
- **Aufwand für die Antragsteller**
- **Wer entscheidet?**
- **Finanzielles Risiko**
- **Rolle der BVV**
- **Wofür kommt es in Betracht?**
- **Befreiung von Sondernutzungsgebühren**
- **Wer genehmigt?**
(BA oder SenStadt)

BID-Gesetze in anderen Bundesländern

Bundesland	Gesetz seit	BIDs aktuell	Quorum
Schleswig-Holstein	2006	2 (Pinneberg, Elmshorn)	Einspruch von < 33 % der Eigentümer, Erbbauberechtigten und Gewerbetreibenden (Anzahl)
Hamburg	2005	8	Einspruch von < 33 % der Eigentümer (Anzahl oder Fläche)
Bremen	2006	3	Einspruch von < 33 % der Eigentümer (Anzahl oder Fläche)

BID-Gesetze in anderen Bundesländern

Bundesland	Gesetz seit	BIDs aktuell	Quorum
Hessen	2006	2 (Gießen, Offenbach)	Einspruch von < 25 % der Eigentümer (Anzahl und Fläche)
Nordrhein-Westfalen	2008	1 (Wuppertal)	Einspruch von < 25 % der Eigentümer (Anzahl und Fläche)
Saarland	2007	1 (Saarbrücken)	Einspruch von < 33 % der Eigentümer (Anzahl)
Sachsen	2012	0	Einspruch von < 25 % der Eigentümer (Anzahl)

Kontakt

IHK Berlin
Infrastruktur und Stadtentwicklung
Christof Deitmar
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
030 315 10 411
christof.deitmar@berlin.ihk.de